



Oberhirten auf Polenreise

Die Bischöfe der Berliner Kirchenprovinz wollen engere Kontakte pflegen: Ihre erste gemeinsame Reise führte sie in die benachbarte polnische Kirchenprovinz – nach Breslau.

Berlins Erzbischof Heiner Koch, der neue Bischof von Dresden-Meißen, Heinrich Timmerevers, und Bischof Wolfgang Ipolt von Görlitz trafen, begleitet von ihren Generalvikaren, in Polen mit Erzbischof Jozef Kupny von Wroclaw (Breslau) zusammen.

Mit von der Partie war auch der Dresdner Altbischof Joachim Reinelt, einziger gebürtiger Schlesier in der deutschen Delegation. Die Begegnung setzte auf regionaler Ebene um, was im vergangenen Jahr die Bischofskonferenzen beider Länder in ihrer Erklärung „Zukunft gestalten aus dem Geist erfahrener Versöhnung“ zum 50. Jahrestag des Versöhnungs-Briefwechsels angeregt hatten. Angesichts der politischen Großwetterlage ging es nicht nur um innerkirchliche Belange. Erzbischof Koch betonte: „Uns verbindet die Sorge um Europa. Und wir tragen da eine besondere Verantwortung und sollten als Kirchen auch gezielt Zeichen des konstruktiven Miteinanders setzen.“ Gerade das polnisch-deutsche Verhältnis sei nicht aus wirtschaftlich-politischen Gründen gewachsen, „sondern es wächst über die Kultur und die Religion“.

Beim Besuch des Sächsischen Verbindungsbüros in Breslau und bei Oberbürgermeister Rafal Dutkiewicz erfuhren die Bischöfe, dass trotz guter kirchlicher Kontakte in der Bevölkerung des Nachbarlandes alte Ressentiments gegenüber Deutschen wieder aufkeimen. Polens nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und die Regierung machten alte Feindbilder wieder „salonfähig“.

konstatieren Kenner beider Länder. Der parteilose Dutkiewicz betonte, er träume von einer internationalen Stadt, so wie es Breslau in diesem Jahr als europäische Kulturhauptstadt verkörpere. Doch zugleich stellte er fest: „So große Spannungen wie jetzt gab es seit 25 Jahren nicht mehr.“ Polen habe auf die europäische Flüchtlingskrise „allergisch reagiert“. Sein Land habe bislang überwiegend Ukrainer aufgenommen. „Wenn wir mit Flüchtlingen aus dem arabischen oder afrikanischen Raum konfrontiert werden, weiß ich nicht, wie das wird.“ Fremdenfeindlichkeit sei in Polen ziemlich verbreitet.

Als Dutkiewicz von der wechselvollen Geschichte der 600.000-Einwohner-Metropole sprach, sagte er Breslau und nicht den polnischen Namen Wroclaw. Er erinnerte daran, dass die Bevölkerung nach 1945 zu nahezu 100 Prozent ausgetauscht wurde. „Als die Deutschen vertrieben wurden, haben die Polen und Russen auch viele schlimme Dinge gemacht – das muss man deutlich sagen“, räumte er ein.

Dutkiewicz äußerte sich auch zur Rolle der Kirche im heutigen Polen. Sie sei längst nicht mehr so unumstritten wie ehemals. So erhielt er vor einem Kirchenneubau unlängst Beschwerdebriefe: „Das wäre vor 15 Jahren noch unvorstellbar gewesen.“ Kritik übte der Oberbürgermeister auch selbst. So monierte er ein mangelndes Interesse der Kirche an der Seelsorge für die 130.000 Studierenden in der schlesischen Metropole: „Zehn Priester dafür sind einfach zu wenig.“ ■ **Karin Wollschläger**

Theologische Impulse

Der Tübinger Jurist Hermann Reichold sieht die katholische und die evangelische Kirche vor der Aufgabe, eine neue Unternehmenskultur zu schaffen. Es brauche theologische Impulse, um für kirchliche Einrichtungen christliche Leitbilder zu entwickeln und umzusetzen, sagte der Leiter der bundesweit einzigen Forschungsstelle für kirchliches Arbeitsrecht an der Universität Tübingen der KNA.

Vor allem im Norden und Osten, so Reichold, hätten die Kirchen mit einem „schwierigen Arbeitsmarkt in der Sozialbranche“ zu kämpfen. Eine Personalentwicklung „mit lupenrein christlich geprägten Mitarbeitern“ sei nicht mehr möglich. Allerdings dürfe auch bei einer Abschwächung von Loyalitätsanforderungen die Christlichkeit der Einrichtungen nicht in Gefahr geraten. Daher müssten eine spezifisch christliche „corporate governance“ entwickelt werden. Heute leiteten oft Betriebswirte kirchliche Einrichtungen, „obwohl sie nur zufällig katholisch oder evangelisch sind“.

Bezüge zum Christlichen dürften aber nicht nur formal, sondern müssten auch inhaltlich begründet werden, betonte der Jurist. Er schlug nach dem Vorbild der evangelischen Landeskirche in Bayern für alle Mitarbeiter verpflichtende Schulungen vor, um über die Besonderheiten christlicher Einrichtungen zu informieren: „Die Kirchen brauchen mehr als Symbole, sie brauchen Haltungen und Leitbilder.“